

Grüne fordern konsequenteren Blitzer-Einsatz

Berliner Morgenpost, Dienstag, 9. März 2010 07:31 - Von Thomas Fülling

Mit 123 mobilen und festinstallierten Blitzern jagt die Berliner Polizei derzeit Raser. Im vergangenen Jahren kamen so rund 18 Millionen Euro Bußgeld in die Landeskasse. Doch den Grünen reicht der Einsatz nicht, es passierten noch immer zu viele Unfälle meinen sie. Und die meisten Messgeräte liegen vorwiegend ungenutzt herum.

Die Berliner Grünen haben den Senat aufgefordert, häufiger „Blitzer“ gegen Raser einzusetzen. Besonders an Straßen, auf denen besonders viele Unfälle passieren, müsse die Polizei viel mehr blitzen, um den Verkehr sicherer zu machen, verlangte die Grünen-Verkehrsexpertin Claudia Hämmerling. Zur Begründung verweist sie auf den starken Anstieg von Verkehrsunfällen, die auf zu hohe Geschwindigkeit der Autofahrer zurückgeführt werden. Nach Angaben der Berliner Polizei erhöhte sich deren Zahl von 4651 im Jahr 2008 auf 6348 im vergangenen Jahr – ein Anstieg um mehr als 35 Prozent. „Das ist nicht zu tolerieren“, sagte Hämmerling.

Dabei war Berlins Polizei in Sachen Tempo-Kontrollen keineswegs untätig. Laut Innensenator Ehrhart Körting (SPD) hat der Einsatz von „Blitzern“ und anderen Geschwindigkeitsmessgeräten im Vorjahr der Landeskasse Einnahmen in Höhe von 18,3 Millionen beschert. Mit Verwarn- und Bußgeld wurden dabei Verstöße gegen die Höchstgeschwindigkeit und das Überfahren roter Ampeln geahndet. Körting zufolge hat die Berliner Polizei aktuell 105 mobile und 18 fest installierte Anlagen zur Geschwindigkeitsüberwachung im Bestand. Allein der Einsatz von Video- und Verkehrsradarfahrzeugen sowie von Handlasermessgeräten sorgte für Einnahmen in Höhe von 12,3 Millionen Euro. Durch fest installierte Anlagen, sogenannte „Starenkästen“, nahm die Landeskasse weitere sechs Millionen Euro an Verwarn- und Bußgeld ein.

Doch trotz der laut Körting „stadtweit spürbaren Kontrolldichte“ ist die Zahl der Verkehrsunfälle aufgrund zu schnellen Fahrens gestiegen. Mit tragischen Folgen: Von den insgesamt im Vorjahr gezählten 48 Verkehrstoten waren 14 – also mehr als jeder dritte – Opfer von Raserfahrten. Der Zahl der Geschwindigkeitsunfälle mit

Schwerverletzten erhöhte sich leicht von 276 (2008) auf 283 im Vorjahr. Etwa 38 Prozent aller Verkehrsunfälle mit Todesfolge sowie 16 Prozent alle Verkehrsunfälle mit Schwerverletzten sind Angaben der Senatsinnenverwaltung auf zu schnelles Fahren der an den Unfällen Beteiligten zurückzuführen.

Angesichts dieser Entwicklung bezeichnen es die Grünen-Abgeordneten Hämmerling und Benedikt Lux als „skandalös“, dass mobile Radar- oder Laser-Messanlagen der Polizei im Durchschnitt weniger als eine dreiviertel Stunde pro Tag im Einsatz seien. Der Senat versäume seine Verantwortung für einen sicheren Straßenverkehr. Leidtragende seien Fußgänger und Radfahrer, die das höchste Verletzungsrisiko hätten. Körting widersprach diesen Vorwürfen. Die Geräte würden durch die Polizei bereits „im größtmöglichen Umfang“ eingesetzt. Aufgrund der Aufgabenvielfalt gebe es kaum Spielraum, die Geschwindigkeitsüberwachung zu intensivieren, ohne gleichzeitig andere elementare Aufgaben zu vernachlässigen.